

An die  
Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof  
Brauerstr. 30

76135 Karlsruhe

## Völkerrechtliche Strafanzeige

wegen Verstoßes gegen § 6 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 gem. Völkerstrafgesetzbuch „Völkermord“, § 7 Abs. 1 Nr. 2, 8 und 9 Völkerstrafgesetzbuch „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, § 8 Abs. 8 Kriegsverbrechen gegen Personen Abs. 1 Nr. 8 gem. Völkerstrafgesetzbuch „Kriegsverbrechen gegen Personen“ und Verletzung des Nürnberger Kodex sowie aller in Betracht kommender Delikte

### gegen

- **Kai Gniffke**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Südwestfunk
- **Norbert Himmler**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ZDF
- **Katja Wildermuth**, Intendantin der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Bayerischer Rundfunk
- **Florian Hager**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Hessischer Rundfunk
- **Ralf Ludwig**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Mitteldeutscher Rundfunk
- **Joachim Knuth**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Norddeutscher Rundfunk
- **Yvette Gerner**, Intendantin der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Radio Bremen
- **Ulrike Demmer**, Intendantin der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Rundfunk Berlin-Brandenburg
  
- **Martin Grasmück**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Saarländischer Rundfunk
- **Tom Buhrow**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Westdeutscher Rundfunk
- **Peter Limbourg**, Intendant der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Deutsche Welle und andere

### Begründung:

Nach Ansicht des oben genannten Anzeigerstatters machten sich die o. g. Personen teils durch direkte Tatbegehung, teils in Form der Unterlassung gemäß §13 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (Garantenstellung) bezüglich folgender Straftatbestände strafbar:

**§ 6 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 VStGB Völkermord**

(1) Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,

1. ein Mitglied der Gruppe tötet,

2. einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt,

3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,

#### **§ 7 Abs. 1 Nr. 1, 2, 8 und 9 VStGB Verbrechen gegen die Menschlichkeit:**

Der Tatbestand des § 7 VStGB setzt voraus, dass es einen systematischen Angriff gegen die Zivilbevölkerung gibt.

(1) Wer im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung

1. einen Menschen tötet,

2. in der Absicht, eine Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, diese oder Teile hiervon unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen

8. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt,

9. einen Menschen unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts in schwerwiegender Weise der körperlichen Freiheit beraubt oder...

#### **§ 8 Abs. 8 VStGB Kriegsverbrechen gegen Personen**

eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt, indem er

a) an einer solchen Person Versuche vornimmt, in die sie nicht zuvor freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat oder die weder medizinisch notwendig sind noch in ihrem Interesse durchgeführt werden,

b) einer solchen Person Gewebe oder Organe für Übertragungszwecke entnimmt, sofern es sich nicht um die Entnahme von Blut oder Haut zu therapeutischen Zwecken im Einklang mit den allgemein anerkannten medizinischen Grundsätzen handelt und die Person zuvor nicht freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat, oder

c) bei einer solchen Person medizinisch nicht anerkannte Behandlungsmethoden anwendet, ohne dass dies medizinisch notwendig ist und die Person zuvor freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat, oder....

#### **Verletzung des Nürnberger Kodex**

#### **§81 Abs. 1 StGB Hochverrat gegen den Bund**

(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

Diese Tatbestandsmerkmale wurden durch die o. g. Personen wie folgt verwirklicht:

### Hintergrund

Im Januar 2020 entwickelte sich die Infektions-Krankheit COVID 19 (Namensgebung am 11. Februar 2020 durch die WHO) zur Epidemie in China und am 11. März 2020 erklärte Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der WHO, die bisherige Epidemie offiziell zu einer weltweiten Pandemie. Am 3. August 2021 wurde ein offener Brief an die Biden-Administration veröffentlicht, in dem die wichtigen NGOs, einige Forderungen gestellt haben.

s. [https://healthpolicy.duke.edu/sites/default/files/2021-08/USEPCR%20Cover%20letter\\_FINAL\\_For%20Distribution.pdf](https://healthpolicy.duke.edu/sites/default/files/2021-08/USEPCR%20Cover%20letter_FINAL_For%20Distribution.pdf)

Die wichtigsten Forderungen vom 3. August 2021 waren:

1. „einen „Globalen Impfgipfel“ auf Präsidentenebene vor der UN-Generalversammlung im September zu veranstalten, an dem man Führungskräfte des öffentlichen und privaten Sektors aus der ganzen Welt zusammenbringt (...) und sich verpflichten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Lücken in der Impfstoffversorgung zu schließen und die Finanzierungs- und Kapazitätslücken bei der Verteilung und Bereitstellung von Impfstoffen, sowie der Schaffung von Nachfrage zu schließen“
2. „Die Staats- und Regierungschefs der Welt dazu bewegen, sich vor oder auf dem Gipfel zu verpflichten, das Ziel zu erreichen, bis Mitte 2022 **70 Prozent** der Weltbevölkerung zu **impfen**“

Es hat nur sechs Wochen gedauert und die Umsetzung der Forderungen hat begonnen. Parallel zur Generalversammlung der UNO veranstaltete US-Präsident Biden ein virtuelles Gipfeltreffen mit Vertretern von 100 Staaten, auf dem der US-Präsident genau das angekündigt hat, was in dem offenen Brief gefordert wurde. Er hat von anderen Staaten gefordert, dem Beispiel der USA zu folgen, wie zum Beispiel die Tagesschau in Deutschland darüber berichtet hat.

Die Tagesschau berichtete in ihrem Artikel über Bidens Impfgipfel so:

„Als organisatorischen Rahmen hob Biden eine transatlantische Impfpartnerschaft aus der Taufe. „Heute bringen wir die EU-US-Partnerschaft für eine globale Impfoffensive auf den Weg“, sagte er, um enger zusammenzuarbeiten. Das Ziel sei es, bis September kommenden Jahres (2022) 70 Prozent der Weltbevölkerung geimpft zu haben.“

Die EU-Kommission hat schon Anfang Mai 2020 beschlossen, in Zukunft ausschließlich den Impfstoff von Pfizer/BioNTech zu kaufen, wo Bill Gates ein wichtiger Aktionär ist. Die EU-Kommission hat bei Pfizer zuerst 600 Millionen und dann weitere 1,8 Milliarden Impfdosen bestellt, wobei die EU jedoch nur 450 Millionen Einwohner hat. Bei einem Preis von etwa 20 Dollar pro Impfdosis machten Pfizer und dessen Aktionäre inklusive Bill Gates allein mit dieser Bestellung fast 40 Milliarden Dollar Umsatz. Da die Staaten des Westens den Impfstoffherstellern auch die Entwicklungskosten für den Impfstoff bezahlt haben, dann ist das fast ein Reingewinn von 40 Milliarden Dollar.

Die Liste der Investments Foundation von Bill Gates umfasst Pharmakonzerne wie Pfizer/BioNTech und andere, aber auch Firmen, die an der Herstellung von Ausrüstung zur Impfstoffproduktion verdienen, wie zum Beispiel BioE oder Firmen, die an Viren-Schnelltests verdienen, wie zum Beispiel Abbott. Die Liste der Investments der Bill and Melinda Gates Foundation ist reichhaltig. Pfizer und BioNTech wurden von Bill Gates 2019 mit 50 Millionen unterstützt.

s. <https://sif.gatesfoundation.org/portfolio/>

An der Pandemie hat Bill Gates zweistellige Milliardenbeträge verdient, denn erstens sind die Kurse der Firmen, in die er vorher investiert hat, während der Pandemie enorm gestiegen und zweitens verdienten diese Firmen, wie Pfizer und BioNTech, so viele Milliarden, wie nie zuvor. Und Bill Gates verdiente als Aktionär der Firmen mit.

Eine der wichtigsten Investitionen von Bill Gates sind seine Spenden an die WHO, die dafür zuständig ist, eine weltweite Pandemie auszurufen und den Staaten der Welt die Richtlinien für den Umgang mit der Pandemie vorzugeben. An die WHO hat Bill Gates insgesamt fast 2,8 Milliarden Dollar bis September 2021 überwiesen. Sein Einfluss dort ist entsprechend groß, denn er ist der größte Finanzier der WHO und nach Artikel 57 der WHO Verfassung können die Geldgeber bestimmen, wofür die gespendete Summe verwendet sein sollte. Das tut er auch.

Bill Gates erwirtschaftet seine Milliarden durch Kapitalanlagen in bestimmten Industriezweigen. Kritiker bemängeln, dass diese Branchen allesamt etwas mit krankmachenden Bedingungen zu tun haben. Für die Gates Stiftung bedeutet das: Je mehr Profite die genannten Konzerne machen, desto mehr Geld kann sie für die WHO ausgeben. Für die WHO heißt das wiederum: Mit jeder Maßnahme gegen gesundheitsschädliche Aktivitäten der Süßgetränke-, Alkohol- und Pharmaindustrie würde die WHO die Gates Stiftung daran hindern, Spenden für die WHO zu erwirtschaften. Kurz, die Weltgesundheitsorganisation steckt in einem klassischen Interessenkonflikt, der sie in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränkt und der angesichts ihrer finanziellen Abhängigkeit von der Gates Stiftung kaum aufzulösen ist.“ (s. <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/who-am-bettelstab-was-gesund-ist-bestimmt-bill-gates-100.html>) Das bedeutet, dass die WHO durch Geschäftsgewinne aus Big Food und Big Pharma finanziert wird.

Bill Gates finanziert auch transatlantische Think Tanks wie das Chatham House oder das Council on Foreign Relations, er spendete auch für das RKI und die Charité. Der Hauptgründer und Unterstützer der Impfkoalition CEPI ist auch Bill Gates. Es ist allgemein bekannt.

s. <https://www.gatesfoundation.org/about/committed-grants>

Um richtige Lobbyarbeit betreiben zu können, hat Bill Gates den wichtigsten Leitmedien nur in 2016 insgesamt 24 Millionen Dollar Unterstützung gegeben. Ein Beispiel dafür ist der Spiegel, der von Bill Gates mehrmals Geld bekommen hat. 2020 waren es 2,3 Millionen Euro.

s. <https://www.spiegel.de/backstage/fragen-und-antworten-zur-foerderung-durch-die-bill-and-melinda-gates-stiftung-a-dac661f6-210a-4616-b2d2-88917210fed4>

Die Bill and Melinda Gates Foundation wird sogar vom deutschen Staat auch kräftig gefördert. Von 2017 bis 2023 erhielt die Stiftung von der Bundesregierung **20.612.465 EUR**.

s. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007512.pdf>

Am 12.04.2020 durfte Microsoft-Gründer Bill Gates schon bei ARD in den Tagesthemen verkünden, dass es in etwa 18 Monaten einen Impfstoff gegen das Coronavirus geben wird. Die Pandemie sei eine Warnung, sich besser auf solche Epidemien vorzubereiten, sagte er.

<https://www.youtube.com/watch?v=083Vjebhzgl>

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hat schon 2020 Geheimverträge mit dem Pharmakonzern Pfizer über die Lieferung von Covid-Impfstoffen ausgehandelt. Ihr Hauptverhandlungspartner war dabei Albert Bourla, Vorsitzender und CEO von Pfizer. Die Verhandlungen liefen hauptsächlich per Telefon und SMS. Ursula von der Leyen hat auch den

milliardenschweren Impfstoffdeal per SMS besiegelt – und dem Pharmakonzern auch das Quasi-Monopol gesichert.

s. Bericht des Europäischen Rechnungshofes von 2022 (Seite 33-34)

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22\\_19/SR\\_EU\\_COVID\\_vaccine\\_procurement\\_FR.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_19/SR_EU_COVID_vaccine_procurement_FR.pdf)

Kein anderer Pharmakonzern auf der ganzen Welt musste seiner Geschäftspraxis wegen so häufig von Behörden und Gerichten gemäßregelt werden wie Pfizer. Inzwischen verklagt u. a. auch der US-Bundesstaat Texas Pfizer dafür, dass Pfizer nicht die Wahrheit über seine Covid-19-Impfstoffe gesagt hat. Generalstaatsanwalt Ken Paxton bezeichnet in seiner Klage die Behauptung von Pfizer, der Impfstoff sei zu 95 Prozent wirksam, als „höchst irreführend..... Tatsächlich hielt das Produkt von Pfizer nicht, was das Unternehmen versprochen hatte. Die Zahl der Covid-19-Fälle stieg nach der weit verbreiteten Verabreichung des Impfstoffs an, und in einigen Gebieten war der Prozentsatz der Covid-19-Todesfälle in der geimpften Bevölkerung höher als in der ungeimpften.“ Der texanische Generalstaatsanwalt weist auch noch darauf hin: „Pfizer hat Personen zensiert, die drohten, die Wahrheit zu verbreiten, um die schnelle Einführung des Produkts zu erleichtern und seine kommerziellen Möglichkeiten zu erweitern.“

<https://www.texasattorneygeneral.gov/news/releases/attorney-general-ken-paxton-sues-pfizer-misrepresenting-covid-19-vaccine-efficacy-and-conspiring>

Die Ausrufung einer Pandemie am 11. März 2020 durch den WHO Generaldirektor, Tedros Adhanom Ghebreyesus, ermöglichte u. a. dem Pharmakonzern Pfizer/BioNTech und seinen Aktionären, u. a. Bill Gates, einen sicheren Gewinn auf Kosten der EU-Bürger zu erzielen. Noch im gleichen Jahr kam der größte Kaufvertrag der EU zustande, der dem Pharmakonzern durch die ersten zwei Vereinbarungen schon 35 Milliarden Euro zukommen ließ. Der Vorabkaufvertrag zwischen Pfizer/BioNTech und der EU wurde von Nanette Cocero, Globale Präsidentin (Impfstoffe) bei Pfizer und Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit, im Namen der EU-Länder schon am 20. November 2020 unterschrieben. Der ganze EU-Vertrag mit Pfizer ist unter diesem Link zu entnehmen:

[https://www.rai.it/dl/doc/2021/04/17/1618676600910\\_APA%20BioNTech%20Pfizer\\_.pdf](https://www.rai.it/dl/doc/2021/04/17/1618676600910_APA%20BioNTech%20Pfizer_.pdf)

Die weiteren Verträge mit anderen Impfstoffherstellern sind inhaltlich ähnlich, obwohl sie immer noch stark geschwärzt sind.

s. z. B. Vorabkaufvertrag mit AstraZeneca

<https://static.rndtech.de/share/rnd/jchrist/APA-AstraZeneca.pdf-1.pdf>

Mit dem abgeschlossenen Vorabkaufvertrag am 20.11.2020 hat die EU schon Wochen vorher, bevor der Impfstoff von der EMA, der Europäischen Arzneimittelbehörde, zugelassen wurde, eine bedingte Zulassung vereinbart. Es wurde von beiden Vertragspartnern sogar „angenommen“, dass die EMA den Impfstoff bis zum 15.12.2020 ohne Einwände zulassen wird.

**s. Chapter I Article 6.3 Supply mechanism - Page 13/Seite 13 Vorabkaufvertrag**

*„Subject to points (i) to (v) below, it is estimated that the order will be delivered as set out in the table below (the “Interim Delivery Schedule”) assuming Authorisation being granted by 15 December 2020.“*

Bei der Zulassung des Impfstoffs wurde der „normale“ Weg überhaupt nicht eingehalten. Der Impfstoff wurde nicht getestet, von der EMA unabhängig geprüft, dann erst zugelassen und dann erst verkauft. Es lief umgekehrt: die Politik, vertreten durch die EU-Kommission, und die Pharmaindustrie schlossen

Wochen vor der Zulassung des Impfstoffs Kaufverträge, mit einer bedingten Zulassung, und die EMA lieferte fristgerecht die gewünschte Zulassung.

Auf Seite 15 erkennt die EU-Kommission an und stimmt sogar zu, dass die Bemühungen des Auftragnehmers (BioNTech/Pfizer) um die Entwicklung und Herstellung des Impfstoffs ehrgeiziger Natur sind und deshalb erheblichen Risiken und Ungewissheiten unterliegen.

#### **Chapter I Article 6.7 Waiver - Page 15/Seite 15 Vorabkaufvertrag**

*„The Commission acknowledges and agrees that the Contractor’s efforts to develop and manufacture the Vaccine are aspirational in nature and subject to significant risks and uncertainties.“*

Damit hat die EU-Kommission die hohen Risiken und Unsicherheiten bei der Herstellung des Impfstoffs anerkannt und gleichzeitig die Mängel der Impfstoffproduktion gebilligt. Diese Mängel sind mittlerweile bekannt: Der Impfstoff von Biontech/Pfizer erhält schwankende Mengen von intaktem Impfstoff und sogar DNA, was nie hätte passieren dürfen und zu schwerwiegenden medizinischen Folgen führen kann. Und nicht zuletzt ist bekannt, dass sich einzelne Impfstoff-Chargen hinsichtlich der Impfnebenwirkungen und Todesfälle nach Impfungen massiv unterscheiden. Die Qualität der Herstellung des Impfstoffs war von Anfang an nicht gesichert.

In dem Vertrag wird es auch festgelegt, dass die Pharmafirmen und die EU für gar nichts haften. Auf Seite 25 legen die EU-Kommission und BioNTech/Pfizer sogar fest, für welche Impfschäden die Schadloshaltung des Pharmakonzerns gilt. Das sind: für Todesfälle, körperliche Schäden, mentale oder emotionale Schäden, Krankheiten, Behinderungen, Verlust oder Beschädigung von Eigentum, wirtschaftliche Verluste oder Geschäfts-Unterbrechungen.

#### **Chapter I Article 12. 2 Indemnification - Page 25/Seite 25 Vorabkaufvertrag**

*„Indemnification pursuant to Article 1.12.1 will only be available for the following losses suffered by a third party: death, physical injury, mental or emotional injury, illness, disability, property loss or damage, economic losses or business interruption.“*

Noch vor der Zulassung des Impfstoffs wurden nicht nur der Pharmakonzern von jeglicher Haftung ausgenommen, sondern auch die EU-Kommission. Die EU-Kommission stimmte sogar der Definition der Impfschäden zu und akzeptierte als ganz selbstverständlich die zukünftigen Todesfälle, Behinderungen, Krankheiten und wirtschaftliche Schäden durch die Impfungen bei einem Impfstoff, mit dem Gesunde geimpft werden sollten. Das APA war ein Rahmenvertrag der EU. Die einzelnen Bestellungen erfolgten bei BioNTech/Pfizer von den einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch in einem eigenen Vertrag, der schon in dem Vorabkaufvertrag im **Anhang I** unter dem Namen **„Vaccine Order Form“** (s. Seite 47-56) festgelegt wurde.

Damit schloss nicht nur die EU einen Vertrag mit Pfizer/BioNTech, sondern alle 27 Mitgliedsstaaten wurden mit der Unterschrift unter den jeweiligen Bestellungsvertrag automatisch Vertragspartner. Die EU bestellte die Impfstoffe für die gesamte EU. Jeder Staat kaufte dann die Impfstoffe zwar nach eigenem Ermessen, aber alle Bestimmungen des Vorabkaufvertrags wurden für ihn mit dem Kaufvertrag nach dem „Vaccine Order Form“ sofort bindend. Sie haben mit ihrer Bestellung zugestimmt, dass alle Bestimmungen gemäß der Laufzeit des Vorabkaufvertrages gegen sie durchsetzbar sind.

Ferner stimmen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit den von der EU ausgehandelten Bestellungsverträgen zu, dass die Langzeit-Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs nicht bekannt sind und nicht bekannte Nebenwirkungen auftreten können. Den Regierungen der EU-Staaten war durch den Bestellvertrag nicht nur bekannt, dass Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffes unbekannt sind, sondern sie akzeptierten das mit ihren Unterschriften sogar ausdrücklich. Gleichzeitig erkannten die teilnehmenden Mitgliedstaaten auch die Tatsache an, dass der Impfstoff nicht in Serie

hergestellt werden kann. Damit haben sie der Lieferung von unterschiedlichen Chargen mit unterschiedlichen Wirkstoffmengen auch zugestimmt.

**Annex I: Vaccine Order Form/ Article I. 4 - Page 48/Seite 48 Vorabkaufvertrag**

*„The Participating Member State acknowledges that the Vaccine and materials related to the Vaccine, and their components and constituent materials are being rapidly developed due to the emergency circumstances of the COVID-19 pandemic and will continue to be studied after Provision of the Vaccine to the Participating Member States under the APA. The Participating Member State further acknowledges that the long-term effects and efficacy of the Vaccine are not currently known and that there may be adverse effects of the Vaccine that are not currently known. Further, to the extent applicable, the Participating Member State acknowledges that the Vaccine shall not be serialized.“*

Obwohl die Unsicherheit und das damit verbundene Risiko den Mitgliedstaaten der EU bekannt war, verpflichteten sie sich, zu gewährleisten, dass alle national erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen vor dem Zeitpunkt der festgelegten Erfüllung des Vorabkaufvertrages durch die Mitgliedstaaten eingeholt werden, um die Erfüllung aller Verpflichtungen des Vertrages zu ermöglichen.

**Annex I: Vaccine Order Form/ Article I. 5 - Page 49/Seite 49 Vorabkaufvertrag**

*„The Participating Member State represents and warrants that all necessary permissions and approvals have been or will be obtained prior to the time for performance by the Participating Member State, to authorise performance of all of the obligations contained herein.“*

Nach dem Abschluss dieses Vertrages durch die Europäische Kommission hat die EMA, eine Agentur der Europäischen Union, die für die Beurteilung und Überwachung von Arzneimitteln zuständig ist, den mRNA Impfstoff Pfizer/BioNTech ziemlich zügig zugelassen. Durch die zentrale Rolle von EMA in der EU erfolgt die Zulassung der Impfstoffe zuerst auf der EU-Ebene.

EMA erhielt den Antrag auf bedingte Zulassung des COVID-19 mRNA-Impfstoffs (BNT162b2) von Pfizer/BionTech am 01.12.2020. Am 15.12.2020 verkündete der Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der EMA, dass sie in den letzten Wochen intensiv an der Bewertung der von BioNTech und Pfizer im Rahmen des Antrags auf bedingte Zulassung (CMA) vorgelegten Daten für BNT162b2, einen COVID-19 mRNA-Impfstoff, arbeitete. Sie wiesen darauf hin, dass die Zulassung von einer soliden und vollständigen Bewertung der Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit abhängt. Es wurde schon am 21.12.2020 die bedingte Zulassung von Comirnaty für die ganze EU für Personen ab 16 Jahren verkündet:

*„Comirnaty is now authorised across the EU. This follows the granting of a conditional marketing authorisation by the European Commission on 21 December 2020.“*

s. <https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-first-covid-19-vaccine-authorisation-eu>

Die Zulassung der „Impfstoffe“ erfolgte auf der Grundlage gefälschter Daten, die inzwischen öffentlich sind. Nicht nur wurde die „Studie“ von Pfizer vorzeitig entblindet, womit keine Kontroll-Gruppe mehr zur Verfügung stand und so auch keine Möglichkeit mehr, Daten über Langzeitschaden zu generieren. Darüber hinaus wurde durch mehrere Whistleblower mehrfacher Betrug in den Daten von Pfizer bekannt gemacht. **Janine Small**, eine hochrangige Pfizer-Mitarbeiterin, hatte **am 10.10.2022** vor dem EU-Parlament bei einer Anhörung gestanden, dass die Impfstoffe nie darauf untersucht worden waren, ob sie Ansteckung verhindern.

s. [https://multimedia.europarl.europa.eu/en/video/lessons-learned-and-recommendations-for-the-future-extracts-from-the-exchange-of-views-ep-special-committee-on-the-covid-19-pandemic\\_1231213](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/video/lessons-learned-and-recommendations-for-the-future-extracts-from-the-exchange-of-views-ep-special-committee-on-the-covid-19-pandemic_1231213)

Nach einem Gerichtsbeschluss vom Januar 2022 durch US-Bezirksrichter Mark Pittman vom Northern District of Texas wurde die FDA (Food and Drug Administration) aufgefordert, rund 12.000 Dokumente der Firma Pfizer/BioNTech sofort und dann 55.000 Seiten pro Monat freizugeben, bis alle Dokumente freigegeben sind – insgesamt mehr als 300.000 Seiten. 46 Berichte der freigelegten Dokumente des Pharma-Giganten Pfizer über seine COVID-Impfstoffe wurden von Fachleuten schon ausgewertet und sind als Buch unter dem Titel "PFIZER DOCUMENTS ANALYSIS REPORTS" im Januar 2023 erschienen.

<https://dailyclout.io/product/war-room-dailyclout-pfizer-documents-analysis-volunteers-reports/>

Die ersten ausgewerteten 46 Dokumente beweisen, dass Schäden ab Einführung auftraten und Pfizer/BioNTech von Anfang an wusste, dass die mRNA-Impfstoffe gar nicht funktionieren. Entgegen den öffentlichen Aussagen von Pfizer/BioNTech und der FDA, kannten beide die Daten, die zeigen, dass die Impfstoff-Bestandteile von der Injektionsstelle durch den Blutkreislauf wandern, wichtige Blut-Organ-Schranken überwinden (u.a. im Gehirn, in den Hoden und in den Eierstöcken) und auf unbestimmte Zeit weiterhin schädliche Spike-Proteine produzieren.

Während der ersten 12 Wochen der realen Einführung des COVID-19-Impfstoffs, vom 1. Dezember 2020 bis zum 28. Februar 2021 gab es schon mehr als 158.000 einzelne Berichte über fatale Folgen. Pfizer/BioNTech musste zusätzliche Mitarbeiter einstellen, um die Berichte auszuwerten, und trotzdem waren sie nicht in der Lage, die Impfschäden abschließend zu bestimmen. In dem Vorwort des Buches wird das ganze Ausmaß des Desasters ausreichend dargelegt.

s. <https://dailyclout.io/foreword-to-the-amazon-kindle-version-of-the-war-room-dailyclout-pfizer-documents-analysis-reports/>

Auch die Mitteilungen der WHO sind im Jahr 2021 sowohl über die Wirksamkeit der Impfung, als auch die Seriosität der Forschungsdaten von Pfizer, immer mehr in Zweifel geraten:

Mai: 95 % Schutz

Juni: 70 % Schutz

Juli: 50 % Schutz

August: Schützt nicht vor Ansteckung, reduziert aber die Ausbreitung

September: Reduziert nicht die Ausbreitung, verhindert aber schwere Fälle

Oktober: Verhindert nicht schwere Fälle, reduziert aber die Intensiv-Fälle

November: Reduziert nicht die Hospitalisationen, aber die Todesfälle

Ähnlich verliefen die Empfehlungen des Impfstoffes durch das Robert-Koch-Institut in Deutschland unter der Leitung von Lothar Wieler. Die breite Verabreichung der umstrittenen und experimentellen Genspritzen von Pfizer/BioNTech dank einer "Notfallzulassung" durch die Gesundheitsbehörden entpuppt sich immer deutlicher als ein globales Experiment an den Menschen. Und nicht zuletzt ist bekannt, dass sich einzelne Impfstoff-Chargen hinsichtlich der Impfnebenwirkungen und Todesfälle nach Impfungen massiv unterscheiden. Die Qualität der Herstellung des Impfstoffs war und ist keineswegs gesichert.

Eine dänische Studie untersuchte unterschiedliche Chargen des mRNA-Impfstoffs von Pfizer/BioNTech (BNT162b2) und zeigte erhebliche Differenzen bei den jeweils gemeldeten Nebenwirkungen. Die dänische Studie wurde am 30. März 2023 veröffentlicht.



s. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/eci.13998>

Die gelben Chargen (s. Schaubild in der Studie), die vollkommen ungefährlichen Chargen, machen 30 % des Impfaufkommens in Dänemark aus. Die grünen Chargen allerdings über 60 %. Sie sind schon nicht risikofrei. Die blauen, suspekten sind wirklich höchst gefährliche Chargen, die machen nicht einmal 5 % aus, stehen aber im Zusammenhang mit den schwersten Nebenwirkungen und Todesfällen. Die gefährlichen blauen Chargen wurden auch in anderen europäischen Ländern verimpft – und das zeitlich und räumlich breit gestreut. Sie wurden nicht aus dem Verkehr gezogen, obwohl sie mit massenhaften Nebenwirkungen assoziiert werden und auch die meisten Todesfälle verursacht haben.

Schon am 27. 03.2021 umfasst die Liste der möglichen Nebenwirkungen der WHO **124** Seiten. Am 16.10.2022 beläuft sich die Anzahl der Nebenwirkungen, die in der Datenbank der WHO erfasst sind, auf **4.529.651** Meldungen. Zum 13. August 2023 sind es schon **10.056.889** Einzelmeldungen. 10.056.889 Erkrankungen haben sich nach COVID-19-Impfung, bei den Betroffenen eingestellt.

s. <https://www.vigiaccess.org/>

Wie das Ausmaß der Katastrophe richtig einzuschätzen ist, zeigt eine Studie von MHRA (Medicines and Healthcare products Regulatory Agency/UK). Die präsentierten Daten stellen das Ausmaß der Katastrophe zu maximal 10% dar. Schwere Erkrankungen, so hat die britische MHRA in Studien herausgefunden, werden nur in rund 10% der Fälle tatsächlich an Datenbanken wie die der WHO gemeldet: "It is estimated that only 10% of serious reactions and between 2 and 4% of non-serious reactions are reported. Under-reporting coupled with a decline in reporting makes it especially important to report all suspicions of adverse drug reactions to the Yellow Card Scheme."

s. <https://www.gov.uk/drug-safety-update/yellow-card-please-help-to-reverse-the-decline-in-reporting-of-suspected-adverse-drug-reactions>

Auf dem Aufklärungsmerkblatt für Schutzimpfung (Grundimmunisierung und Auffrischimpfungen) gegen COVID-19 mit mRNA-Impfstoffen, Stand 5. Oktober 2023, wurde das Sterben auch zu den seltenen Nebenwirkungen in Deutschland aufgenommen. Auf der fünften Seite im 2. Absatz unter "Seltene Nebenwirkungen" steht es: "Einzelne Personen verstarben." Das Aufklärungsmerkblatt wurde vom Deutschen Grünen Kreuz e.V., Marburg, in Kooperation mit dem Robert Koch-Institut, Berlin, erstellt.

s. <https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Impfen/Materialien/Downloads-COVID-19/Aufklaerungsbogen-de.pdf?blob=publicationFile>

Wenn man bedenkt, dass diese **10 Millionen** Nebenwirkungen nur ein Bruchteil der Nebenwirkungen sind, die überhaupt bekannt werden, wenn man dann noch berücksichtigt, dass VigiAccess der WHO nur eine von mehreren Datenbanken ist, die unter anderem bei der US-Amerikanischen CDC, der europäischen EMA oder der britischen MHRA unabhängig voneinander und mit anderen "Fällen" geführt werden, dann kann man nicht anders als den derzeit laufenden Versuch am lebenden Menschen als den größten Skandal der Medizingeschichte ansehen.

Deutschland hat reichlich von dem Impfstoff bestellt. Bis 16. Dezember 2021 hat die Bundesregierung 287,3 Millionen Dosen des Herstellers BioNTech/Pfizer (Bundestagsdrucksache 20/429) bestellt. Durch die Abnahme dieses Impfstoffs wurde Deutschland automatisch Vertragspartner von Biontech/Pfizer und trägt die Verantwortung für alle Vereinbarungen des Vorabkaufvertrages mit. 03.01.2023 hat die Bundesregierung in einer Pressemitteilung bestätigt, dass Deutschland durch seine Bestellung vertraglich dazu verpflichtet gewesen ist, rund 283 Millionen Dosen des Covid-19-Impfstoffs Comirnaty

des Herstellers Biontech/Pfizer abzunehmen. Ferner bestehe für weitere 92,4 Millionen Dosen des Impfstoffs eine Abnahmeverpflichtung.

s. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-928336>

Schon **1225** Todesfälle wurden nach der COVID-19-Impfung mit verschiedenen Impfstoffen seit Beginn der Impfkampagne in Deutschland vom 27.12.2020 bis zum 31.07.2021 an das Paul-Ehrlich-Institut gemeldet.

s. [https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheit\\_sbericht-27-12-bis-31-07-21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheit_sbericht-27-12-bis-31-07-21.pdf?__blob=publicationFile)

In der offiziellen Liste der gemeldeten Nebenwirkungen (124 Seiten) durch Comirnaty/Covid-19 vaccines an die WHO bis zum 27. 03. 2021 wurden schon fast **6000** verschiedene Krankheiten genannt. s. <https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/Nebenwirkungen-von-WHO.pdf>

Die WHO hat am 12.11.2021 sogar eine Vergleichsstatistik zu den verschiedenen Impfstoffen veröffentlicht, in der die Impfstoffe gegen COVID-19 ganz schlecht abschneiden.

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/WHO-Statistik-PDF.pdf>

Die Liste der gemeldeten Nebenwirkungen (393 Seiten) durch Comirnaty/Covid-19 vaccines an die EMA vom 19. 12. 2021 bis zum 18. 06. 2022 beinhaltet schon über **10 000** verschiedene Krankheiten.

s. [https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/EMA-comirnaty-epar-public-assessment-report\\_en.pdf](https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/EMA-comirnaty-epar-public-assessment-report_en.pdf)

Pfizer ist schon mehrfach mit der britischen Behörde für den Verhaltenskodex für Verschreibungspflichtige Arzneimittel (Prescription Medicines Code of Practice Authority, PMCPA) in Konflikt geraten. Anfang 2024 wurde das Unternehmen bereits zum sechsten Mal wegen "irreführender und illegaler Werbung" für den Impfstoff gegen COVID-19 gerügt. In dem Urteil heißt es außerdem, Pfizer habe "soziale Medien missbraucht", "die Branche in Misskredit gebracht" und für einen "nicht zugelassenen" Impfstoff geworben. Das PMCPA stellte außerdem fest, dass Pfizer Informationen über die Wirksamkeit seines Impfstoffs ohne angemessene Sicherheitsinformationen verbreitete. Darüber hinaus wurde auch das Fehlen von Informationen über mögliche "Nebenwirkungen" kritisiert. Im bisher bekanntesten Fall verwies das PMCPA im November 2022 den CEO von Pfizer, Albert Bourla, wegen "irreführender" Aussagen über den Impfstoff gegen COVID-19 für Kinder.

s. <https://reitschuster.de/post/pfizer-erhaelt-ruege-wegen-irrefuehrender-und-illegaler-werbung-fuer-impfstoff/>

Alle oben genannten Personen haben in dieser völkerrechtlichen Strafanzeige entsprechend ihrem Wirkungskreis dazu beigetragen, dass dieses medizinische Experiment und Völkermord stattfinden konnte.

### **Beweisführung im Allgemeinen**

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben mit ihren Sendungen über die Pandemie ermöglicht, dass die unsicheren Impfstoffe rasant verbreitet werden konnten. Der gemeinnützige Rundfunk soll als Vierte Säule der Demokratie fungieren. Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er

wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative. Damit er diesen Standards genügen kann, ist seine Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen garantiert. Der Rundfunkbeitrag sichert die Unabhängigkeit des gemeinnützigen Rundfunks. Das heißt, öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert und kontrolliert. Sie gehören somit der gesamten Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass der ÖRR verpflichtet ist, alle Tendenzen, die die Bevölkerung irgendwie schädigen, kritisch zu verfolgen, darüber die Bevölkerung sachlich und neutral aufzuklären.

Der Pressekodex ist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwar nicht bindend, formuliert aber anerkannte Grundsätze journalistischer Arbeit. Danach sind die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit oberste Gebote der Presse.

Nach Artikel 26 MStV (Medienstaatsvertrag) ist der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Außerdem sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet, wie es u. a. im Artikel 2 und 5 GG vorgeschrieben ist.

Im April 2024 erschien das Manifest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. In diesem Manifest bestätigen die Mitarbeiter der ÖRR selbst, dass innere Pressefreiheit derzeit in den Redaktionen nicht existiert. Nur sehr selten finden relevante inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen statt. Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt. Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten.

Sie bestätigen auch noch, dass die öffentlich-rechtlichen Medien sich in der Praxis am Meinungsspektrum der politisch-parlamentarischen Mehrheit orientieren. Anderslautende Stimmen aus der Zivilgesellschaft schaffen es nur selten in den Debattenraum. Dazu erschwert äußere Einflussnahme durch Politik, Wirtschaft und Lobbygruppen einen unabhängigen Qualitätsjournalismus. Dadurch findet eine Aufarbeitung der Vorkommnisse nicht nur durch die Politik, insbesondere aber auch durch die öffentlich-rechtlichen Medien nicht statt und die Geschädigten sind immer noch allein gelassen.

[https://www.focus.de/kultur/medien/manifest-fuer-tiefe-reformen-oeffentlich-rechtliche-revolution-mitarbeiter-fordern-weniger-meinungsmache\\_id\\_259822237.html](https://www.focus.de/kultur/medien/manifest-fuer-tiefe-reformen-oeffentlich-rechtliche-revolution-mitarbeiter-fordern-weniger-meinungsmache_id_259822237.html)

Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat im Streit wegen der GEZ-Gebühren am 23. Mai 2024 inzwischen einen ganz wichtigen Beschluss gefasst. Das Gericht will sich mit dem verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen, Meinungsvielfalt zu gewährleisten, und dem strukturellen Versagen der Öffentlich-Rechtlichen auseinandersetzen.

In dem Beschluss heißt es: „Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs über die Nichtzulassung der Revision gegen sein Urteil vom 17. Juli 2023 wird aufgehoben. Die Revision wird zugelassen.“ Weiter heißt es: „ Die Revision der Klägerin ist zuzulassen, weil die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung im Sinne von 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO hat. Das Revisionsverfahren kann Gelegenheit zur Klärung der Frage geben, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen gegen die Beitragserhebung geltend gemacht werden kann, der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ein der Vielfaltssicherung dienendes Programm anzubieten, werde strukturell

verfehlt, so dass es an einem individuellen Vorteil fehle (vgl. BVerfG, Beschluss vom 24. April 2023 - 1 BvR 601/23 - NVwZ 2024, 55 Rn. 9). Mit diesem Beschluss fangen auch die Gerichte an, die Unausgewogenheit des ÖRR zu prüfen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/rundfunkbeitrag-bundesverwaltungsgericht-will-ard-und-zdf-pruefen-19783691.html>

Der ÖRR hat in den Jahren der Pandemie seine Pflichten gegenüber seinen Beitragszahler nicht erfüllt und mit seinen Beiträgen von Anfang an die Maßnahmen und die enorme Impfkampagne der Politik mit seinen Sendungen unterstützt, statt die Politik zu kontrollieren.

s. <https://www.ardmediathek.de/sendung/corona-nachgehakt/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvY29yb25hbmFjaGdlaGFrdA>

In den folgenden Fällen machten sich die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schuldig:

### 1. Werbung für unsichere Impfstoffe

In zdfheute hat der ÖRR am 29.11.2020 schon für die Impfung mit falschen Behauptungen geworben: "Je mehr Menschen geimpft, also immun sind, desto weniger können sich mit Corona anstecken, da jede Infektionskette schnell wieder abbricht.... Die Corona-Impfung wird uns aber wohl im Laufe der kommenden Monate schrittweise immer mehr Normalität zurückbringen."

Obwohl die Liste der verheerenden Nebenwirkungen und die Vergleichsstatistik der WHO schon 2021 vorlagen, wurden die Beitragszahler durch den ÖRR darüber überhaupt nicht informiert. Auch über die erfassten Nebenwirkungen der EMA 2022 wurden die Beitragszahler bis heute nicht informiert. Trotz Impfnebenwirkungen und Todesfällen hat der ÖRR laufend für die Impfung geworben und Schäden verharmlost.

a.) „Wenn nicht 5.000 Corona-Impftote, wie viele dann?“ 27.12. 2021

<https://www.swr.de/wissen/corona-impftote-warum-der-umgang-mit-den-zahlen-schwierig-ist-100.html>

b.) „Corona-positiv trotz Booster: Wie schlimm sind Impfdurchbrüche?“ - 27.04.2022  
„Impfung schützt vor schwerer Erkrankung“ wird in der Sendung verkündet.

<https://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/Corona-positiv-trotz-Booster-Wie-schlimm-sind-Impfdurchbrueche,impfdurchbrueche100.html>

c.) „Verdrängte Corona-Impfschäden – Schwere Einzelfälle, wenig Forschung“ - 10.5.2022

In dieser Sendung wird behauptet: „**Nutzen der Coronaimpfung überwiegt die Risiken** -Die Coronaimpfung ist ein großer Erfolg. Ihr Nutzen überwiegt bei Weitem die Risiken, das belegt die Zusammenfassung der Daten durch die Ständige Impfkommission (STIKO). Aber der Schutz der Vielen vor Corona hat seinen Preis. In der Statistik verschwinden die Einzelfälle.“

<https://www.swr.de/swrkultur/wissen/verdraengte-corona-impfschaeden-schwere-einzelfaelle-wenig-forschung-swr2-wissen-2022-05-11-100.html>

d.) Die sich nicht impfen ließen, mussten viel Hass erfahren. Der ÖRR hat an dieser Hetze kräftig mitgewirkt, statt gründlich zu recherchieren. 2021 lag die lange Liste der Nebenwirkungen der WHO schon längst vor. Mitten in der Coronapandemie, im Oktober 2021, äußerte der Fußballstar Joshua Kimmich Bedenken an der Coronaimpfung, der es seiner Auffassung nach an Langzeitstudien mangelte.

Darauf brach eine Hass-Welle gegen ihn los. Letztlich entschied sich Kimmich doch für die Impfung. Weniger aus Überzeugung, sondern wegen des Drucks. „Es war für mich nahezu unmöglich, ohne Impfung weiter Fußball zu spielen“, sagt Kimmich. Joshua Kimmich spricht jetzt in einer neuen ZDF-Doku über den Impf-Druck und den Shitstorm gegen seine Person in den Corona-Jahren. U.a. gegen seinen Verein erhebt er schwere Vorwürfe. In einer neuen ZDF-Sendung erzählt er offen seine schmerzhaften Erfahrungen.

<https://www.zdf.de/sport/sportstudio-reportage/joshua-kimmich-sein-weg-zur-fussball-em-2024-doku-100.html>

Am 18.10.2023 hat die EMA in einer ausführlichen Stellungnahme an einige EU-Abgeordneten bestätigt, dass so etwas wie „sich und andere schützen“ mit den vorhandenen „Impfstoffen“ nicht möglich ist. Die massiven Kampagnen der Regierung, sich impfen zu lassen, um angeblich die eigenen Eltern, Nachbarn und Schwächsten der Gesellschaft zu schützen, waren autoritär und haben gesunde Menschen in ein medizinisches Experiment hineingejagt, obwohl die EMA in ihrer Zulassung auch ausdrücklich darauf hingewiesen hat: "Vor der Verabreichung oder Empfehlung einer Impfung sind alle Sicherheitssignale sorgfältig zu prüfen."

s. [https://drive.google.com/file/d/1gDfGrb8wFQWnMSOolgm87sX6Xqy\\_X4S0/view?pli=1](https://drive.google.com/file/d/1gDfGrb8wFQWnMSOolgm87sX6Xqy_X4S0/view?pli=1)

Der ÖRR hat die Kampagnen der Regierung stets unterstützt. Über diese wichtige Stellungnahme der EMA konnten die Beitragszahler durch den ÖRR auch nichts erfahren. Dafür hat der ÖRR unverändert für die Impfung weiter geworben.

a.) „Corona: Impfmüdigkeit und Infektionslage“ - 27.11.2023

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1277408.html>

b.) „Laut Experten zu wenige Corona-Auffrischungen“ - 04.11.2023

<https://www.tagesschau.de/inland/corona-auffrischungsimpfung-104.html>

Dass **926** anerkannte Todesfälle nach der COVID-19-Impfung mit dem Impfstoff Comirnaty von BioNTech/Pfizer seit Beginn der Impfkampagne in Deutschland am 27.12.2020 bis zum 31.07.2021 an das Paul-Ehrlich-Institut gemeldet wurde, hat der ÖRR völlig ignoriert. Auch durch die anderen Impfstoffe gab es Todesfälle: Spikevax **42**, Vaxzevria **244** und COVID-19-Impfstoff Janssen **13**. Nach dem Bericht des Paul-Ehrlich-Instituts wurden auch schon **14.027** schwerwiegende Nebenwirkungen anerkannt. Diese Zahlen waren öffentlich und für jeden zugänglich. Die ÖRR hat sich dafür nicht interessiert.

s. Paul-Ehrlich-Institut - Sicherheitsbericht vom 19.08.2021

[https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-bis-31-07-21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-bis-31-07-21.pdf?__blob=publicationFile)

Die Sicherheitsprüfung der Impfstoffe war wegen zu schneller Zulassung der Impfstoffe fahrlässig mangelhaft. Die „wissenschaftliche Beweislage von Risiko und Nutzen“ war zu Beginn der Impfungen noch gar nicht vorhanden. Diese Impfungen wurden bereits 2021 angewendet und die Studien liefen zum Teil noch bis ins Jahr 2024.

Über die Anhörung von Janine Small, eine hochrangige Pfizer-Mitarbeiterin, die am 10.10.2022 in EU-Parlament stattgefunden hat, erfuhren die Beitragszahler durch den ÖRR überhaupt nicht. Auch die

freigelegten Pfizer-Forschungsprotokolle und der ungeschwätzte Vorabkaufvertrag zwischen EU und Pfizer wurden den Beitragszahlern nicht präsentiert. Die EMA hat in ihrer Produktinformation vom 19.2.2021 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine Studien zur Genotoxizität oder Karzinogenität von Pfizer vorgelegt wurden (s. Seite 56). Diese Informationen waren schon am Anfang der Impfkampagne öffentlich zugänglich.

s. [https://www.ema.europa.eu/en/documents/assessment-report/comirnaty-epar-public-assessment-report\\_en.pdf](https://www.ema.europa.eu/en/documents/assessment-report/comirnaty-epar-public-assessment-report_en.pdf)

Trotz diesen Tatsachen hat der ÖRR am 18.9.2023 weiterhin für das Impfen geworben.

s. Corona-Impfsaison hat begonnen

<https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-impfung-impfsaison-100.html>

Auch die US-Gesundheitsbehörde CDC musste auf richterlichen Beschluss hin ihre bisher geheim gehaltenen Berichte über Covid-19-Impfschäden veröffentlichen. Aus diesen Akten geht hervor, dass bei dieser Behörde kurz nach der Markteinführung der Covid-Experimental-Impfstoffe bereits 780.000 Meldungen von Impfschäden eingegangen sind. So etwa Gesichtslähmungen, Herzentzündungen, Fehlgeburten, Bewusstseinsverluste, Krampfanfälle, Taubheit, Lähmungen, tausende Berichte allein schon über Tinnitus usw. Darüber wurden die Beitragszahler durch den ÖRR auch nicht informiert.

Die Täuschungen und Verharmlosungen des ÖRR haben zu massenhaften körperlichen wie psychischen Schäden geführt und sehr vielen Menschen das Leben gekostet. Der Impfdruck ging durch die Verbreitung ständig weiterer Angst- und Schreckens-Szenarien trotz der veröffentlichten Tatsachen vom ÖRR ungehemmt weiter. Die Impfpropaganda und gezielte Aufhetzung gegen Ungeimpfte nahm sogar noch an Intensität zu. Die dringende Aufarbeitung dieser Versäumnisse innerhalb der ÖRR, das Eingestehen einer permanenten Desinformation der Bevölkerung und selbstverständlich die daraus notwendigen Konsequenzen für alle Verantwortlichen des ÖRR bleiben aber bis heute aus.

Mit der Impfkampagne ging es von Anfang an nachweislich um wirtschaftliche Interessen. Die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung kompromisslos und wahrheitsgetreu über die kriminellen Verflechtungen von Bill Gates mit der WHO und den führenden Impfstoffherstellern informiert wird. **Mit der aktiven Unterstützung der Impfkampagne der Politik durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben sich die Intendanten am Völkermord aktiv mitgewirkt.**

## **2. Keine Analyse und Berichterstattung über die fast ungeschwätzten Sitzungsprotokolle des RKI vom 30. Mai 2024**

Zu den veröffentlichten noch stark geschwätzten RKI-Protokollen sagte der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 25. März 2024, dass das RKI unabhängig gearbeitet hat und es weiterhin tue: „Es gab keine politischen Weisungen. Das Robert Koch-Institut ist nicht weisungsgebunden, in die wissenschaftlichen Bewertungen des Instituts mischt sich die Politik nicht ein, ich auch nicht.“

Das RKI ist jedoch eine weisungsgebundene nachgeordnete Behörde des Bundesgesundheitsministeriums. Es stimmt nicht, dass das RKI seine Risiko-Bewertungen frei von politischen Vorgaben getroffen hat. Das RKI handelte bei der Risikoeinschätzung nachweislich nicht unabhängig. Die veröffentlichten Protokolle des RKI beweisen, dass das Institut laufend nach den Anweisungen der Politik arbeiten musste. Die Schwärzungen haben in Berlin für eine kurze Debatte über die Corona-Aufarbeitung gesorgt. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki verlangte vollständige Transparenz bei der Aufarbeitung und erhob schwere Vorwürfe: »Es wird immer

deutlicher, dass das Robert Koch-Institut für die Gesundheitspolitik von Jens Spahn und wohl auch Karl Lauterbach als **wissenschaftliche Fassade** gedient hat."

s. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-karl-lauterbach-verneint-politische-einmischung-in-rki-empfehlungen-a-c4fcf1e9-6072-414b-a86f-3047de307a51>

In einem „Faktencheck“ vom 5.3.2024 gab Pascal Siggelkow von der ARD vor, zu untersuchen, ob die vom Online-Magazin Multipolar freigelegten Protokolle des RKI-Expertenrats tatsächlich ein Skandal sind. Sein Fazit ist, dass die RKI-Files kein Skandal sind. Damals lagen noch nur die stark geschwärzten Dokumente vor.

s. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/rkifiles-corona-100.html>

Seitdem die Dokumente fast ungeschwärzt veröffentlicht sind, gibt es keine aufklärenden Beiträge vom ÖRR, um die Beitragszahler über die unwissenschaftlichen und willkürlichen Entscheidungen der Politik und ihre laufenden Anweisungen an das RKI aufzuklären, obwohl die Aufgabe des ÖRR wäre, die politischen Akteure zu kontrollieren. Der Deutschlandfunk hat am 30. Mai 2024 auf die historische Veröffentlichung mit einem kurzen Artikel unter dem Titel „RKI veröffentlicht COVID-19-Krisenstabsprotokolle nahezu ungeschwärzt“ reagiert. Es wird mitgeteilt: „Das Robert-Koch-Institut hat die Protokolle zu Krisenberatungen während der Corona-Pandemie weitgehend ohne Schwärzungen veröffentlicht. Man stelle die Unterlagen wegen des öffentlichen Interesses zur Verfügung, teilte das RKI mit.“

s. <https://www.deutschlandfunk.de/rki-veroeffentlicht-covid-19-krisenstabsprotokolle-naezu-ungeschwaerzt-100.html>

Die veröffentlichten Sitzungsprotokolle des Robert-Koch-Instituts am 30. Mai 2024 für das erste Pandemie-Jahr zeigen ganz klar, dass die Politik permanent Druck auf das Institut ausgeübt hat, damit es stets die notwendigen unterstützenden Erklärungen für die Ziele der Politik liefert. Im Vordergrund standen die politisch gewollten Maßnahmen, und das RKI hatte die Rolle, diese Maßnahmen irgendwie zu begründen.

Die politische Intervention kommt in den Protokollen immer wieder zur Sprache.

a) Am 16. März. 2020 Seite 370: „Am WE wurde eine neue Risiko vorbereitet. Es soll diese Woche hocheskaliert werden. Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald Herr Schaade ein Signal dafür ein Signal gibt.“

b) Am 15. April 2020 auf der Seite 631 bestätigt das RKI, dass man über die Wirkung der neuen Impfstoffe keine Ahnung hat: „Es gibt keine Erfahrung wie gut und wie dauerhaft die Immunität durch die Impfung sein wird...Es gibt keine Erfahrung mit mRNA-Impfstoffen, aber ein großer Vorteil wäre, dass wenn man die Produktionsstätten hat, rel. Schnell viel Impfstoff hergestellt werden kann.“ Am 8. Januar 2021 hat das RKI über die Wirkung der Impfstoffe immer noch keine Ahnung (s. Seite 2010): „Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt. Dauer des Schutzes ist ebenfalls unbekannt.“ Trotz dieser Tatsache wurde für eine nutzlose Impfung geworben. Der ÖRR hat mit seinen Sendungen die Impfkampagne aktiv unterstützt.

c) Am 22. April 2020 (Seite 689): „BMG Papier „testen, testen, testen“/AG Diagnostik - Papier kommt von Jens Spahn, die Arbeitsebene wurde vorab nicht stark eingebunden“. Gesundheitsminister Spahn wollte, dass möglichst viel getestet wird. Damit entstanden hohe Inzidenzen, und die waren wiederum die Begründung für Fortführung von Lockdowns und weitere Maßnahmen.

d) Am 26.6.2020 wird auf ein Email von Minister Spahn (Seite 1105) hingewiesen: „Falls wir das Risiko in Deutschland auf moderat setzen, müssten wir dann nicht auch die Maskenpflicht einbeziehen?“. Im Sitzungsprotokoll ist die Antwort des RKI nicht dokumentiert. Die Maskenpflicht kam, obwohl das RKI laut seinem Sitzungsprotokoll vom 27.01.2020 (s. RKI Protokoll Seite 41) eine ganz andere Meinung vertreten hat: „Tragen von Mund Nasenschutz für öffentliche Bevölkerung bei asymptomatischen Patienten nicht sinnvoll. Es liegt keine Evidenz vor als sinnvolle präventive Maßnahme für die Allgemeinbevölkerung.“ Am 04 . 05.2020 RKI (Protokoll Seite 787) hat das RKI sogar auch darauf hingewiesen: „Das dauerhafte/vermehrte Tragen von Masken kann auch Schaden bringen.“

e) Am 29.6. 2020 erhält das RKI die Anweisung des Bundesgesundheitsministeriums (Seite 1124): „Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BGM: bis 1. Juli wird daran nichts geändert.“

f) Am 31.8.2020 (Seite 1444): „Die Pläne des Ministers gehen in Richtung 10 Tage Quarantäne ohne Test, oder 5 Tage mit Test. Evtl. sollte RKI bei Umsetzung dieser Idee auf Webseite formulieren, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt.“

g) Auch am 31.8.2020 (Seite 1446): „Von Minister Spahn kam die Idee die virologische Surveillance mittels Schnelltests von Abbott stark auszubauen. Dies erscheint nicht sinnvoll.“

Zur Amtszeit Spahns ist es dem RKI wohl auch gelungen, die Politik davon abzuhalten, dass sie zu den PCR Tests auch noch die Schnelltests addiert. Das wurde geändert, als sein Nachfolger Lauterbach ins Amt kam. Lauterbach sagte in der Talkshow vom 19. Januar 2022:

*„Also wenn er an das Gesundheitsamt gemeldet wird, zählt natürlich auch der Antigen-Test. Wir werden jetzt dazu übergehen – ich möchte der Beschlussvorlage vom Wochenende nicht vorgreifen – aber wir arbeiten jetzt also an einer Situation, wo wir erstmalig sogar hingehen werden und diejenigen, die also positiv getestet sind, aber nicht unbedingt den PCR-Test benötigen, dass wir die quasi über das System melden, aber vom PCR-Test sogar abraten, weil wir die PCR-Tests für ganz besondere Maßnahmen benötigen. Die müssen priorisiert werden. Aber Frau Köpping hat vollkommen korrekt beschrieben, wenn also ein Antigentest gemacht wird und wird dann dem Gesundheitsamt gemeldet, dann ist er natürlich gültig.“*

s. ZDF: Corona-Pandemie: Ungeimpfte in der Pflicht? | Markus Lanz vom 19. Januar 2022

<https://www.youtube.com/watch?v=qjfJNKZoPqo>

Das bedeutet, in Lauterbach Amtszeit wurden sogar die Schnelltests den PCR-Tests hinzugezählt, neben den Zwangstests für Arbeitnehmer unter 3G, neben anlasslosen Tests in Schulen und Kitas. Dadurch hat man so astronomische Inzidenzen erzeugt, wie es sie vorher und nachher niemals mehr gab.

Im Januar 2021 auf der Bundespressekonferenz gestand die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, schon öffentlich auf eine Frage hin, dass die Corona-Maßnahmen eine „**politische Entscheidung**“ sind. Viele glaubten, dass die deutsche Bundesregierung tatsächlich aus wissenschaftlichen Gründen zum harten Kurs gezwungen war. Sie erklärte jedoch explizit, dass ihr bewusst sei, dass es auch andere Stimmen in der Wissenschaft gebe, die gegen den harten Kurs sind. Es sei aber ihre politische Entscheidung, auf genau diesen zu setzen: „Es gibt in dem Ganzen auch politische Grundentscheidungen, die haben mit Wissenschaft nichts zu tun.“ Und weiter: „Mit der Einladung von bestimmten Wissenschaftlern wollen wir auf bestimmte Fragen, die uns interessieren und die nicht politischer Natur sind, Antworten bekommen.“ Dies war der Vorwurf von Kritikern, dass eben nur „bestimmte“ Wissenschaftler mit Antworten auf „bestimmte“ Fragen gehört werden und deshalb „bestimmte“ Antworten und „bestimmte“ Entscheidungen herauskommen. Angaben zu Studien, mit denen sie ihren Kurs untermauert, machte sie nicht. Die Kanzlerin räumte damit faktisch ein, dass ihr Kurs nicht alternativlos ist. Dass sie sich aber gegen die Alternative entschieden habe.



s. [https://www.youtube.com/watch?v=-ELKD\\_xpe4U&t=136](https://www.youtube.com/watch?v=-ELKD_xpe4U&t=136)

Trotz dieser klaren Aussage der Bundeskanzlerin haben die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiterhin dafür gesorgt, dass der ÖRR alle Vorgaben der Politik kritiklos unterstützt. Kritische Recherchen fanden weiterhin nicht statt. Die Maßnahmen der Politik wurden nicht auf ihre Wissenschaftlichkeit neutral überprüft. Über den Inhalt der ungeschwärzt veröffentlichten RKI-Protokolle wurde die Bevölkerung durch den ÖRR auch nicht aufgeklärt. Für diesen Tatbestand tragen die Intendanten die Hauptverantwortung. Sie tragen auch dafür die Verantwortung, dass alle Schäden, die durch den ÖRR selbst ermöglicht wurde, weiterhin durch den ÖRR ignoriert werden. **Damit verstoßen die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegen den Nürnberger Kodex und ihre Ignoranz ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

### **3. Zulassung der psychischen Schädigung der Bevölkerung**

Auch die Missachtung der Kinderrechte durch die Politik und die dadurch entstandenen Schädigung einer ganzen Generation haben die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hingenommen.

An der öffentlichen Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko) am 9. September 2020 bestätigte Prof. Dr. Michael Klundt, Professor für Kinderpolitik an der Hochschule Magdeburg-Stendal. ZITAT: „So sind NACHWEISLICH elementare Schutzfürsorge- und Beteiligungsrechte von ca. 13 MILLIONEN Kindern und Jugendlichen verletzt worden. Praktisch alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik seit März / April wurden somit VÖLKERRECHTSVERSTOSSEND und BUNDESGESETZWIDRIG ohne vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen.“

s. <https://archive.org/details/experten-rugen-be-schnei-dung-von-kin-der-rechten-waehrend-corona-scharf>

Nach dem Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ vom 8. Februar 2023 halten die Folgen der Pandemie (u. a. Schul- und Kindergartenschließungen, Tragen von Masken etc.) auf Kinder und Jugendliche bis heute an. **Derzeit sind immer noch 73 % psychisch belastet.** Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

s. [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/K/Kindergesundheit/Abschlussbericht\\_IMA\\_Kindergesundheit.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/K/Kindergesundheit/Abschlussbericht_IMA_Kindergesundheit.pdf)

Der Kasseler Soziologe und frühere Berater der Bundesregierung Heinz Bude hat in einer Debatte erklärt, zu Beginn der Corona-Krise die Bevölkerung mit fragwürdigen Kommunikationsmethoden auf Regierungslinie gebracht zu haben. „Wir mussten ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen, das so ein bisschen wissenschaftsähnlich ist“, sagte der Soziologe bereits am 24. Januar 2024 bei einer Podiumsdiskussion an der Universität Graz. Gemeinsam mit anderen Sozialwissenschaftlern beriet Bude die Bundesregierung während der Corona-Krise. Zu den Aufgaben der Gruppe im Innenministerium gehörte es, Regierungsentscheidungen vorzubereiten und wissenschaftlich zu begründen.

s. <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/corona-massnahmen-regierungsberater-raeumt-fragwuerdige-methoden-ein/>

Heinz Bude wurde auch als Mitautor des sogenannten „Panik-Papiers“ – einem Corona-Strategieplan des Innenministeriums – bekannt. Die Autorengruppe unter Leitung von Staatssekretär Markus Kerber riet darin unter anderem dazu, Kinder mit Schuld- und Angstkommunikation zu schockieren.

<https://fragenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/>

Es musste also Angst erzeugt werden, damit die geplanten Maßnahmen, darunter die Maskenpflicht und die Massenimpfungen, die nichts bewirkten, von der Bevölkerung widerstandslos akzeptiert wurden. Die RKI-Dokumente bestätigen eindeutig, dass die Politik mit ihren Verordnungen und so auch zum Maskentragen in keiner Weise evidenzbasiert handelte. Sie zwang die Menschen zum Tragen der gesundheitsschädlichen Masken ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage und ohne die Einhaltung des Verbraucherschutzes und der vorhandenen Vorschriften für das Maskentragen.

Die Masken- und Testpflicht war für Kinder und Jugendliche psychisch besonders destruktiv. Das hat das RKI auch erkannt. Es steht im Sitzungsprotokoll vom 26. 10.2020 (RKI Protokoll Seite 1690) der folgende Hinweis: „BZgA erhält viele Fragen zu Maskenpflicht bei Grundschulern. **Gibt es eine Möglichkeit diese aufzuheben?**“

Am 26. Februar 2020 steht im Sitzungsprotokoll des RKI: „Altersverteilung: Kinder 2 % der Fälle in großer Studie, Kinderkrankenhaus bestätigt alle ohne Komplikationen; auch in Transmissionsketten nicht prävalent; Schulen, Kitas stehen nicht im Vordergrund, Kinder keine wichtigen Glieder in Transmissionsketten; scheiden lange im Stuhl aus, aber unklar, ob lebendes Virus; Rolle der Kinder eher untypisch untergeordnet (anders als Influenza), mehr Studien müssen erfolgen.“

Am 12. März 2020 kam der Krisenstab zu folgender Formulierung: „Das RKI hält Schulschließungen nur in besonders betroffenen Gebieten für sinnvoll.“ Am gleichen Tag wurden auf der Ministerpräsidentenkonferenz die Schulschließungen beschlossen. Deutschland hat mit Polen zusammen die längsten Schulschließungen in Europa angeordnet und damit lang anhaltende psychische Schäden verursacht. Der ÖRR hat diese Politik durchgehend unterstützt.

Es wird im Protokoll vom 21.10.2021 (Seite...) des RKI vermerkt: „Kritisch diskutiert wird Maskenpflicht für Grundschüler, eventuell Langzeitfolgen. Einzelschicksale: Depressionen, Suchtmittelkonsum steigen.“ Der ÖRR hat nicht einmal den Versuch unternommen, darüber aufzuklären, indem er nach der Evidenzbasierung der Maßnahmen recherchiert hätte.

Die alten Leute wurden auch nicht besser behandelt. Die alten Leute haben unter den Maßnahmen besonders gelitten. Das Protokoll vom 2. Mai 2021 (Seite...) des RKI bestätigt: "Insbesondere alte und hoch alte Personen in häuslicher Pflege oder entsprechenden Einrichtungen formulieren, dass sie die Kollateralschäden der sozialen und physischen Distanzierung als schlimmer empfinden als ihre Angst vor einem möglichen Tod an Covid-19.“ Man hat die alten Menschen gegen ihren Willen eingesperrt, schlimmer als Strafgefangene, sie durften nicht aus den Pflegeheimen, und ihre Verwandten durften sie nicht besuchen. Das unmenschliche Besuchsverbot führte dazu, dass Hunderttausende alte Menschen ganz alleine, ohne ihre Angehörigen oder jemanden, der ihnen die Hand hielt, in den Tod gehen mussten.

Es hätte viel Menschenleben gerettet werden können, wenn der ÖRR die Willkür der Politik aufgedeckt hätte. **Für dieses Desaster tragen grundsätzlich die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verantwortung.** Eine ganze Generation ernsthaft psychisch zu schädigen, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

#### **4. Hinnahme der Zerstörung der menschlichen Fortpflanzungsfähigkeit**

Die 46 bis jetzt ausgewerteten Pfizer-Berichte dokumentieren, dass dies ein massives Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein könnte. Pfizer wusste, dass die mRNA-Impfstoffe nicht wirkten. Sie wussten, dass sich die Inhaltsstoffe, einschließlich der Lipid-Nanopartikel, in den mRNA-Injektionen innerhalb weniger Tage im ganzen Körper verteilen und sich in Leber, Nebennieren, Milz und Eierstöcken anreichern. Pfizer und die FDA wussten, dass die Injektionen die Herzen von Minderjährigen schädigten.

Am schlimmsten ist, dass ein 360-Grad-Angriff auf die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit stattgefunden hat: mit Schäden an Spermienzahl, Hoden, Spermienmotilität; Schäden an Eierstöcken, Menstruationszyklen, Plazenten. Über 80 Prozent der Schwangerschaften in einem Abschnitt der Pfizer-Dokumente endeten mit einer spontanen Abtreibung oder Fehlgeburt. 72 Prozent der unerwünschten Ereignisse traten in einem Abschnitt der Dokumente bei Frauen auf, und dass 16 Prozent davon "Fortpflanzungsstörungen" waren, wie Pfizer es selbst ausdrückte. Es wird ein Dutzend oder mehr Namen für die Ruinierung der Menstruationszyklen von Frauen und Mädchen im Teenageralter in den Dokumenten genannt. Es ist auch dokumentiert, dass Pfizer die "Exposition" gegenüber dem mRNA-Impfstoff so definierte, dass sie Hautkontakt, Inhalation und sexuellen Kontakt umfasst, insbesondere zum Zeitpunkt der Empfängnis. Schon im Vorwort der Auswertungsstudie der Pfizer-Dokumente wird auf diese Tatsachen hingewiesen.

s. <https://dailyclout.io/foreword-to-the-amazon-kindle-version-of-the-war-room-dailyclout-pfizer-documents-analysis-reports/>

Der ÖRR schweigt zu der Analyse bis heute. Dafür konstatieren sie, dass Deutschland und auch andere Länder mit einem enormen Geburtenrückgang zu tun haben.

s. Geburtenrate in Deutschland deutlich gesunken

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/deutschland-geburtenrate-rueckgang-100.html>

Das ist ein Verbrechen gegen die Volksgesundheit. Es wird eingeräumt, dass es einen Fruchtbarkeitsrückgang seit der Corona-Impfung gibt, aber die Ursachen werden schön geredet. Kein Mensch hat das Recht, irgendeinen Mitmenschen wider dessen Willen unfruchtbar zu machen, geschweige denn ganze Völker zu sterilisieren! Die Bevölkerung über die Pfizer Dokumente nicht zu informieren, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem beispiellosen Ausmaß. **Dafür tragen die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verantwortung.**

##### **5. Keine Berichterstattung über die Vergangenheit von WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus**

Welche terroristische Vergangenheit Tedros Adhanom Ghebreyesus hat, wird auch durch den ÖRR wie alle Mainstream-Medien weltweit total verschwiegen. Bevor Tedros Adhanom Ghebreyesus 2017 für den Posten als WHO-Generaldirektor kandidierte, war er Gesundheitsminister, dann Außenminister seines Landes. Er trat bereits 1991 der kommunistischen Partei Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) in Äthiopien bei. Als Mitglied der Partei TPLF wurde er zuerst Gesundheitsminister und dann Außenminister des Landes. Seit 1976 wird die TPLF als terroristische Organisation in der Global Terrorism Database geführt, weil sie vielfach an Entführungen und Geiselnahmen beteiligt war. Die TPLF hat in ihrer fast 30jährigen Regierungszeit schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Als hochrangiges Mitglied des Politbüros und langjähriger Minister der TPLF ist Tedros Adhanom Ghebreyesus für diese Verbrechen mitverantwortlich. In den offiziellen Jahresberichten der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch (HRW) von 2005 – 2016 wurden unvorstellbare Gräueltaten der äthiopischen Regierung unter Tedros Adhanom Ghebreyesus dokumentiert.

„In dieser Zeit hat er viel bewirkt“, rühmt das Schweizer Radio und Fernsehen mit allen Leitmedien im Verbunde. Was hat er bewirkt? Laut dem britischen Nachrichtenportal „The Exposé“ hat Tedros nicht nur Cholera-Epidemien vertuscht, er war als zuständiger Gesundheitsminister auch mitschuldig an der jahrelangen völkermörderischen Blockade von Lebensmitteln und Medikamenten für die somalische Bevölkerung im Ogaden. Er war daran beteiligt, das Rote Kreuz und Ärzte ohne Grenzen während einer Reihe von Choleraausbrüchen aus dem Ogaden zu vertreiben und verschuldete dadurch den Tod unzähliger Menschen während einer Reihe historischer Hungersnöte und Epidemien.

Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed, dem 2019 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, bestätigte nach dem friedlichen Machtwechsel 2018 vor dem äthiopischen Parlament die Berichte von Human Rights Watch und Amnesty. Er bezeichnete das Vorgehen seiner Vorgängerregierung als Terrorismus. Laut einem Bericht des britischen Nachrichten-Portals „The Expose“ war die von 1991 – 2018 regierende TPLF eines „der korruptesten, brutalsten und völkermörderischsten Regimes, das in den letzten 30 Jahren auf diesem Planeten Fuß gefasst hat“. Tedros Adhanom Ghebreyesus war als führendes Mitglied dieses Regimes Mittäter!

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Steinmann, der 2019 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, hat Ende 2020 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag schon eine Klage gegen Tedros Adhanom Ghebreyesus eingereicht. Er beschuldigte ihn des Völkermordes in Äthiopien, weil Tedros Adhanom Ghebreyesus einer von drei maßgeblichen Entscheidungsträgern für „ethnische Säuberungen“ war. Tedros Adhanom Ghebreyesus war und somit verantwortlich für zahllose Inhaftierungen, Folterungen und Ermordungen von Amharas, Konsos, Oromos und von Somali-Stämmen.

s. [https://www.hrw.org/sites/default/files/world\\_report\\_download/wr2016\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/world_report_download/wr2016_web.pdf) und <https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4800/2017/en/>

Inzwischen wurde auch eine Strafanzeige von einem ungarischen Rechtsanwalt Dr. Attila Monostory im Namen von zahlreichen Bürgern aus elf europäischen Ländern am 10. Mai 2024 gegen Tedros Adhanom Ghebreyesus wegen Völkermord beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht.

Mit dieser Vergangenheit wurde er 2017 zum Generaldirektor der WHO gewählt. Mit ihm eng verflochtene Globalstrategen haben ihn zum WHO-Chef aufsteigen lassen. Im März 2020 hatte er die Corona-Pandemie ausgerufen. Während der Coronakrise hatte Tedros Adhanom Ghebreyesus mit seinen Pandemievorgaben die Freiheit fast aller Menschen massiv einschränken lassen. Seine enge Zusammenarbeit mit den Hauptakteuren und Nutznießern der Coronakrise ist gründlich dokumentiert.

s. <https://clubderklarenworte.de/wp-content/uploads/2021/09/Netzwerkanalyse-Corona-Komplex.pdf>

Mit der Ausrufung der CORONA-Pandemie am 11. März 2020 und seinen ständigen restriktiven Empfehlungen während der Pandemie hat Tedros Adhanom Ghebreyesus die notwendigen Voraussetzungen für die schnelle Zulassung der Impfstoffe u.a. von Pfizer/BionTech und die nachfolgende Impfkampagne erzielt. Damit hat er den raschen Einsatz experimenteller Impfstoffe mit unbekanntem Risiken ermöglicht. Dieser Mann soll nun durch die neuen WHO-Verträge (veränderte Internationale Gesundheitsvorschriften und Pandemie-Vertrag) plötzlich Allmachstellung bekommen.

"Die WHO gehört Pharmakonzernen: Korrupt bis in die Knochen" verkündete Transparency International schon 2014. Nach Transparency sei sie unterfinanziert, unwirksam und korrupt. Schuld am schlechten Zustand der WHO sei nicht nur das Missmanagement auf höchster Ebene, sondern auch die enge Verknüpfung mit der Pharma-Lobby.

s. <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/who-gehört-pharmakonzernen-korrupt-bis-in-die-knochen>

Nach dem Finanzbericht der WHO für das Jahr 2022 befinden sich Hoffmann-La Roche, Johnson & Johnson, Novartis, Merck, Sanofi-Aventis, die größten Pharmakonzerne der Welt, und die größten philanthropischen Stiftungen wie Bill & Melinda Gates Foundation, Rockefeller Foundation unter den Sponsoren.

s. [https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf\\_files/WHA76/A76\\_INF2-en.pdf](https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA76/A76_INF2-en.pdf)

Die Frankfurter Rundschau konstatierte schon 2018, dass die WHO längst ihre Unabhängigkeit verloren hat. Durch viel zu geringe Pflichtbeiträge der Mitgliedsländer wurde die WHO in die Arme der Pharmaindustrie und philanthropischer Stiftungen getrieben (s. <https://www.fr.de/panorama/vorsicht-10962409.html>). "Lukrative Medikamenten- und Impfprogramme werden seitdem von der WHO gefördert, von Basisgesundheitsystemen ist keine Rede mehr. Die WHO macht also Politik für ihre Spender." – verkündete ganz offen die Frankfurter Rundschau. An diesem Zustand der WHO hat sich nichts geändert, denn die Zahl der Spender wurde nicht weniger (s. Finanzbericht der WHO für das Jahr 2022: [https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf\\_files/WHA76/A76\\_INF2-en.pdf](https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA76/A76_INF2-en.pdf)).

Der ÖRR klärt die Bevölkerung weder über die Vergangenheit des WHO-Generaldirektors noch über die zahlreichen Risiken und Verstöße der neuen Verträge mit der WHO gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz auf, da Gain-of-function-Forschung nicht verboten und Zensur gefördert wird. **Damit unterstützen die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität verliert und die Gewährung der Grundrechte der Bevölkerung an eine demokratisch nicht legitimierte und nicht kontrollierte Organisation, wie die WHO ist, übertragen wird. Das ist nicht nur Hochverrat, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

## 6. Keine Veröffentlichung des Interviews des US-Untersuchungsausschusses mit Dr. Anthony Fauci

Am 31. Mai 2024 veröffentlichte der Vorsitzende des US-Untersuchungsausschusses zum Ausbruch des Coronavirus, Brad Wenstrup (R-Ohio), die Abschrift eines Interviews mit Dr. Anthony Fauci. Dr. Fauci war Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) und das Gesicht der öffentlichen Gesundheit der USA während der COVID-19-Pandemie. Seine 14-stündige, zweitägige Aussage hinter verschlossenen Türen im Januar 2024 war ein wichtiger Teil der Untersuchung des Unterausschusses über die Ursprünge von COVID-19 und das Versagen der Innenpolitik der Vereinigten Staaten während der Pandemie. Zusammen mit der Abschrift hat der Unterausschuss auch eine Zusammenfassung des zweitägigen Interviews veröffentlicht, in der die wichtigsten Ergebnisse des transkribierten Interviews von Dr. Fauci zusammengefasst sind. Darin wird auch bestätigt, dass es für die meisten Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (z. B. Masken, Abriegelung) keine wissenschaftlichen Beweise gab.

s. Pressemitteilung des Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses

<https://oversight.house.gov/release/covid-select-subcommittee-releases-dr-faucis-transcript-highlights-key-takeaways-in-new-memo/>

und eine Zusammenfassung des zweitägigen Interviews mit Dr. Fauci

[https://oversight.house.gov/wp-content/uploads/2024/05/FINAL\\_Fauci-Memo.pdf](https://oversight.house.gov/wp-content/uploads/2024/05/FINAL_Fauci-Memo.pdf)

Auch über diese wichtige Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses wird die Bevölkerung durch den ÖRR nicht informiert. Das Interview mit Dr. Fauci, wer führende Persönlichkeit der Pandemie in der USA war, bestätigt erneut, dass die Maßnahmen der vergangenen Jahre nur willkürlich und nicht evidenzbasiert waren. Die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beweisen erneut damit, dass sie alle lebenswichtigen Informationen zu Impfschäden, Nebenwirkungen, nicht evidenzbasierten Maßnahmen der Bevölkerung vorenthalten wollen. **Dieses Unterlassen der Informationspflicht ist nicht nur ein Verstoß gegen den Nürnberger Kodex, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sogar Völkermord.**

## Fazit

Am 25. April 2024 hat der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Bundestag in seiner Rede auch bestätigt, dass die Gesellschaft mit ernsthaften Schädigungen zu tun hat: „Selbstverständlich tut es mir um jeden Menschen leid, der durch eine Impfung einen Schaden genommen hat – ob durch eine leichte Impfnebenwirkung oder eine schwere Impfnebenwirkung – oder im Einzelfall auch daran verstorben ist.“

Nach Artikel 3 MStV haben die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF, das Deutschlandradio und alle Veranstalter bundesweit ausgerichteter privater Rundfunkprogramme in ihren Angeboten die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Die Angebote sollen dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit zu stärken.

Nach Artikel 2 EMRK wird das Recht jedes Menschen auf Leben gesetzlich geschützt und niemand darf absichtlich getötet werden. Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der in der EU uneingeschränkt seine Gültigkeit hat, legt fest, dass niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden darf. Das verpflichtet auch die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dafür zu sorgen, dass der ÖRR in seiner Berichterstattung auch danach handelt.

Die Menschen wurden im Gegensatz zu den schon früh bekannt gewordenen Fakten ihrer Grundrechte beraubt und ohne jede fachliche Grundlage zur Spritze getrieben. **Der ÖRR hat die Impfkampagnen der Politik mit seinen Informationssendungen stets massiv unterstützt und dabei bewusst manipulativ auf die Zuseher/Zuhörer gewirkt.** Der ÖRR hat alles bereitwillig mitgemacht: beim von oben geschürten Hass auf Nichtgeimpfte und Maßnahmenkritiker, bei Kindern und Jugendlichen Angst einzujagen, ihnen den ganzen Tag Masken aufzuzwingen und sie am Kontakt mit Gleichaltrigen zu hindern, beim Einsperren und Isolieren der Alten und Sterbenden und vielen weiteren Grausamkeiten, die man sich bis 2020 in unserer Gesellschaft nur schwer vorstellen konnte.

Kritische Stimmen wurden nicht zugelassen, aber verunglimpft, wie das veröffentlichte Manifest der ÖRR-Mitarbeiter auch bestätigt, obwohl der ÖRR verpflichtet ist, sorgfältig zu recherchieren und stets sachlich und neutral zu berichten. **Alle Tatsachen, die irgendwie die Impfkampagne gestört hätten, wurden vom ÖRR verschwiegen.** Das bedeutet, dass die Angebote des ÖRR nicht dazu beigetragen haben, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit zu stärken.

Es muss nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass kein einziger Mensch in der EU getötet werden darf. Das ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention eindeutig festgelegt:

### **Artikel 2 Abs. 1 EMRK - Recht auf Leben**

1. Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt. Niemand darf absichtlich getötet werden.....

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht nur durch den Medienstaatsvertrag und das Grundgesetz, sondern auch zahlreiche internationale Verträge verpflichtet, das Leben und die Gesundheit der Menschen in unserer Gesellschaft zu schützen. Die genannten elf Intendanten sind durch die begangene einseitige Berichterstattung verantwortlich für das Versagen und die aktive Mitwirkung des ÖRR an Völkermord, Verbrechen der Menschlichkeit und Verletzung des Nürnberger Kodex. Alle elf Personen haben dafür gesorgt, dass das medizinische Experiment an der deutschen Bevölkerung reibungslos durchgeführt werden kann.

Die genannten elf Intendanten sind verantwortlich für die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. **Durch das Unterlassen der Informationen über die neuen Verträge mit der WHO begehen die genannten elf Personen sogar Hochverrat. Außerdem haben alle elf Personen den**

**Nürnberger Kodex und die Allgemeinen Menschenrechte missachtet und sind mitverantwortlich für die Entstehung zahlreicher Schäden und Todesfälle. Sie haben durch ihre Berichterstattung bzw. fehlende Berichterstattung die deutsche Bevölkerung in solche Lebensverhältnisse geführt, die geeignet sind, die Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, da mit zahlreichen weiteren Todesfällen und Langzeitschäden zu rechnen ist. Das ist Völkermord und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

#### **Dringlichkeit der Ermittlung**

Eine rasche Entscheidung des Generalbundesanwalts ist von äußerster Dringlichkeit. Die offiziellen Ermittlungen müssen schnellstens aufgenommen werden, damit die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dafür sorgen, dass die neutrale Aufarbeitung der letzten Jahre unverzüglich beginnt und die neutrale Aufklärung über die neuen WHO-Verträge durch den ÖRR rasch stattfindet. Nur dann kann das Verbrechen des Völkermordes und das Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfolgreich gestoppt und der Verlust der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verhindert werden.

-----  
Unterschrift